

gung, nicht hingegen der Vorbescheid, mit einem vorläufigen positiven Gesamturteil im Hinblick auf das Gesamtvorhaben einhergeht (S. 88 und S. 99). Dem Gesamturteil kommt – auch insoweit ist seinen Ausführungen zuzustimmen – Außen- und Regelungswirkung zu (S. 78). Den Schwerpunkt seiner Überlegungen widmet *Mann* jedoch der Frage, wie das Verhältnis von nicht bestandskräftigem Vorbescheid und Baugenehmigung im Hinblick auf den Rechtsschutz des Nachbarn ist (S. 132 ff.). *Mann* verwirft die sog. Zweitbescheidslösung des BVerwG (DVBl. 1989, S. 673 f.), wonach der Nachbar sich auf die Anfechtung der Baugenehmigung konzentrieren kann und muß. Statt dessen favorisiert er die bereits von *Schenke* vertretene (DÖV 1990, S. 489 ff.) Ansicht, allein der Vorbescheid enthalte die entsprechende Teilfeststellung der baurechtlichen Zulässigkeit eines Vorhabens. Dies führt allerdings nur dann im Hinblick auf nachbarliche Belange zu interessengerechten Ergebnissen, wenn man weiterhin der ebenfalls schon bei *Schenke* nachzulesenden Auffassung folgt, die Baugenehmigung enthalte bei nicht (mehr) wirksamer Vorentscheidung keine Baufreigabe (sog. Wirksamkeitszusammenhang, siehe *Mann*, S. 144). Das überzeugt jedoch trotz einer Reihe gefundener Argumente nicht. Mit der Erteilung der Baugenehmigung gibt die Behörde den Bau frei. Diese Entscheidung mit der Wirksamkeit einer Vorentscheidung auflösend zu bedingen, entspricht weder ihren Absichten noch dem Antrag des Bauwerbers. Im übrigen ist die vom BVerwG gefundene Lösung gerade auch in solchen Fällen prozeßbeschleunigend, in denen dem Nachbarn der Vorbescheid mangels Bekanntgabe nicht bekannt ist und er deshalb direkt gegen die Baugenehmigung um Rechtsschutz ersucht.

Dr. Gerrit Manssen, Regensburg

Jürgen Mann, Das gestufte Verwaltungsverfahren im Baurecht. Verlag Peter Lang, Frankfurt a.M. 1992, 238 Seiten, brosch., 65,- DM.

Fragen des gestuften Genehmigungsverfahrens beschäftigen in jüngerer Zeit verstärkt die baurechtliche Rechtsprechung und Literatur. Einen Beitrag zur Klärung der aufgeworfenen, vor allem auch nachbarrechtlichen, Probleme bietet die an der Universität Mannheim entstandene und von *Wolf-Rüdiger Schenke* betreute Dissertation von *Jürgen Mann*. *Mann* strukturiert die bisherigen Lösungsvorschläge und kommt mit abgewogener Argumentation zu durchweg vertretbaren, in der Regel allerdings auch bereits von anderen Autoren vertretenen Ergebnissen. Seine Untersuchung vermittelt keine grundlegend neuen Erkenntnisse, bereichert jedoch die baurechtliche Literatur in erfreulicher Weise im Bereich der dogmatisch reizvollen Bezüge zum Allgemeinen Verwaltungsrecht. Lobenswert ist auch das Bemühen des Verfassers, Besonderheiten der einzelnen Landesbauordnungen zu berücksichtigen und mit in die Diskussion einzubeziehen.

Aus einer Reihe interessanter Darlegungen ist vor allem erwähnenswert, daß *Mann* die mittlerweile h. M. bestätigt, daß es sich beim baurechtlichen Vorbescheid um einen „normalen“ Verwaltungsakt nach § 35 S. 1 VwVfG und nicht um eine Zusicherung nach § 38 VwVfG handelt (S. 65 ff.). Durchaus überzeugend legt er weiterhin dar, daß allein die baurechtliche Teilbaugenehmi-